

kommen. Man will das Gefühl nicht los, dass unsere Regierung voll auf die Ehrenamtlichen setzt. Das genau geht nicht.

Egal, in welchem Bereich man hilft, wenigstens die Helfer sollten irgendwie belohnt werden. Denn ehrenamtliche Mitarbeiter fühlen sich so an den Rand gedrängt und ausgenutzt. Ich fürchte, dass es auf Dauer keine weiteren Programme dieser Art mehr geben kann, denn das Interesse und Engagement wird einschlafen. Wie wäre es zum Beispiel mit Fahrtkostenerstattung? Ich denke, darüber sollten unsere Politiker mal ins Grübeln kommen. CHRISTINE SCHRÖDER, BREMEN

Zum Artikel „Ringschluss der A 281“ vom 29. September:

Viele Angriffsflächen

Der Sprecher des Verkehrssenators geht davon aus, dass im zweiten Quartal 2017 mit dem Bau des Autobahnabschnitts zum Zubringer Arsten begonnen wird. Das ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Zunächst muss es einen Planfeststellungsbeschluss für diesen Bauabschnitt 2.2 geben. In ihm sind auch eine Flut von Einwendungen und etliche detaillierte Anträge von Bürgerinitiativen und Anwohnern abzuarbeiten, die während der Erörterung gestellt wurden. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil von 2010, in dem es die ursprüngliche Planung für rechtswidrig erklärte, weitreichende Anforderungen formuliert. Gegen den Planfeststellungsbeschluss können Betroffene, hier vor allem die von Enteignung bedrohten Grundeigentümer, wieder vor dem Bundesverwaltungsgericht klagen.

Dass es Klagen geben wird, ist sehr wahrscheinlich. Die bisher bekannten Unterlagen bieten eine Menge Angriffsflächen. Falls Bremen trotzdem mit dem Bau beginnen will, werden die Kläger mit einem Eilantrag einen Baustopp fordern. Auch für das Gericht dürfte klar sein: Wenn vollendete Tatsachen geschaffen werden, kann man sich das Verfahren sparen. Es wird also mit großer Wahrscheinlichkeit zustimmen.

Zur Erinnerung: Das erste Klageverfahren hat anderthalb Jahre gedauert. Dann sind wir bei Ende 2018. Und wie es danach weiter geht, ist völlig offen. Die bestehenden Verkehrsprobleme auf der Neuenlander Straße hätten übrigens schon seit 2008 beseitigt sein können, wenn der Bauabschnitt 2.1 am Neuenlander Ring wie planfestgestellt mit einer vierspurigen ampel- und kreuzungsfreien Auf- und Abfahrt zu Ende gebaut worden wäre. NORBERT BREEGER, BREMEN

Zum Thema „Verkehrskongress tagt in Bremen“ vom 29. September:

Staus ohne Ende

Verkehrsstaatssekretär Bomba ist zuzustimmen. Mögliche Verbesserungen sollten so schnell wie möglich umgesetzt werden. Nur schade, dass sich Bremen bei der A 281 nicht daran gehalten hat. Da war Bremen, wie üblich, beratungsresistent. Statt den Bauabschnitt 2.1 am Neuenlander Ring wie beschlossen zu bauen, wird dort im Januar 2008 mit großem Rummel ein für die Anwohner und den Verkehr unsägliches Provisorium mit Lärm, Dreck und Verkehrsstaus eingeweiht. Grund für diese Posse: Wäre dieser Bauabschnitt für wenige Millionen Euro fertig gebaut worden, hätte der Bund den inzwischen 150 Millionen Euro teuren Bauabschnitt 2.2 nicht mehr finanzieren dürfen, und an keiner Autobahn kann auch niemand verdienen.

Doch richtig dicke kommt es für Zehntausende von Berufspendlern, den Wirtschaftsverkehr und die Anwohner erst, wenn der Bauabschnitt 2.2 tatsächlich gebaut werden sollte. Durch die mehrjährige Vollsperrung des Tunnels zum Zubringer Arsten wird es Staus ohne Ende geben. Ich bezweifle, dass in dieser Zeit Berufstätige zuverlässig zur Arbeit, Passagiere pünktlich zum Flieger und Güter „just in time“ zum Güterverkehrszentrum kommen werden. KLAUS WENNHOLD, BREMEN

Ignoranz löst Wut aus

Verkehrssenator Lohse ist nicht glücklich damit, dass der Bund die Bundesstraße 6 neu um den Flughafen herum finanzieren will, nicht aber den achtspurigen Ausbau der A 1. Doch das sind selbst geschaffene Leiden.

Er war zwar damals noch nicht in Bremen, aber irgendjemand müsste es Senator Lohse erzählt haben: 2008/09 gab es im Auftrag des Verkehrsressorts im Rahmen eines runden Tisches eine detaillierte Untersuchung aller denkbaren Varianten der Bundesstraße 6 neu nach Brinkum. Die externen Gutachter der Firma A+S Consult kamen zum Ergebnis: Die Variante IV als oberirdische vierspurige Bundesstraße am Flughafen vorbei kostet zwar am wenigsten, aber schafft in Bremen für die Umwelt, die Stadtentwicklung und selbst für den Verkehr mehr Schaden als Nutzen.

Besonders betroffen wäre die Wolfskuhle. Hier müssten mindestens fünf Wohnhäuser abgerissen und 31 Kleingärten auf-

gelöst werden. Genau deshalb hat die Bremische Bürgerschaft die bremische Vorzugsvariante unter dem Flughafen hindurch beschlossen und wiederholt bekräftigt: „B 626n unter dem Flughafen hindurch oder gar nicht!“

Trotzdem reichte der Verkehrssenator für den Bundesverkehrswegeplan nicht nur den Flughafentunnel ein, sondern auch jene fachlich und politisch ausgeschlossene Variante IV. Man sollte erwarten, die auch den Senat bindenden Bürgerschaftsbeschlüsse würden wenigstens soweit ernst genommen, dass auf die bei der Flughafenumfahrung angerichteten Schäden hingewiesen wird.

Doch die Untersuchung des runden Tisches taucht bei der Bremer Projektanmeldung nicht einmal im Quellenverzeichnis auf, und die Wolfskuhlensiedlung wird mit keinem Wort erwähnt. Angeblich verläuft die Trasse nur über Grünland und Ackerflächen.

Ist das Unkenntnis oder Kalkül? Eine derartige Ignoranz löst bei den Menschen in der Wolfskuhle nur noch blanke Wut aus.

Weiß Senator Lohse eigentlich nicht, was seine eigenen Leute verzapfen, oder klaffen bei ihm Worte und Taten ganz bewusst auseinander? FRANK POSER, BREMEN

Zum Thema „Wie die Verwaltung mit Bürgern umgeht“:

Kein Respekt

Vor einiger Zeit habe ich im Ortsamt Horn nachgefragt, ob im Hollergrundpark nicht ein zusätzlicher Papierkorb aufgestellt werden könne, da die Parkbank nahe „Mc Donalds“ stark frequentiert ist und sich vermehrt Müll darum verbreitet. Die Antwort war, dass die Stadt kein Geld habe. Ich war etwas geschockt, ich hatte nicht wegen des Baus eines Jugendzentrums nachgefragt. Auf meinen Vorschlag, man könne doch von weiter hinten, wo nicht so viel los ist im Park, einen Papierkorb versetzen, erklärte die Stadtbedienstete: „Da rufen Sie doch selber beim Grünflächenamt an.“ Bei pubertierenden Kindern spricht man bei derlei Verhalten von Faulheit und Trotz. Im Zusammenhang mit städtischer Aufgabenstellung kommt noch die Merkmal Respekt- und Verantwortungslosigkeit dazu.

Ich erinnere mich, dass früher solche Aufgaben von Ortsämtern verwaltet und Bürgerhinweise respektvoll und dankend entgegengenommen wurden. Ich bin beken-